



Rat der  
Europäischen Union

111914/EU XXV.GP  
Eingelangt am 15/07/16

Brüssel, den 26. Mai 2016  
(OR. en)

8974/16  
ADD 1

PV/CONS 23  
RELEX 402

## ENTWURF EINES PROTOKOLLS

---

Betr.: 3463. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE  
ANGELEGENHEITEN/HANDEL) vom 13. Mai 2016 in Brüssel

---

# TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN<sup>1</sup>

Seite

## **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

### A-PUNKT (Dok. 8617/16 PTS A 32)

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe, zur Änderung der Richtlinie 2009/100/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates [erste Lesung] ..... 3

\*

\* \*

---

<sup>1</sup> Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

## **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

*(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)*

### **A-PUNKTE**

**1. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe, zur Änderung der Richtlinie 2009/100/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (erste Lesung)**

= Politische Einigung

7759/1/16 REV 1 TRANS 101 MAR 110 CODEC 406

Der Rat erzielte eine politische Einigung über den Wortlaut des Richtlinienvorschlags in der Fassung des Dokuments 7759/1/16 REV 1 und nahm die nachstehende Erklärung zur Kenntnis.

#### **Erklärung des Vereinigten Königreichs**

"Das Vereinigte Königreich unterstützt die Ziele des Vorschlags für eine Richtlinie zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe uneingeschränkt und ist der Ansicht, dass der Vorschlag zu wesentlichen Verbesserungen im Bereich der Sicherheit führen wird.

Das Vereinigte Königreich ist allerdings der Auffassung, dass die endgültige Annahme eines delegierten Rechtsakts unverhältnismäßig ist und dass ein Durchführungsrechtsakt angemessener wäre, da es um die Umsetzung internationaler Standards und nicht um die Ergänzung oder Änderung eines nicht wesentlichen Teils der Rechtsvorschriften geht. Aus diesem Grund enthält sich das Vereinigte Königreich in Bezug auf die Richtlinie zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe der Stimme."